

Oury Jalloh und der Kampf für Refugee-Rechte

VON OLLI (INTERNATIONALISTISCHE GRUPPE / FU)

Nach 13 Jahren von Vertuschung und Verschleppung ist der grausame Tod von Oury Jalloh in einer Dessauer Polizeizelle noch immer nicht aufgeklärt. Der Geflüchtete aus Sierra Leone war 2005, an Händen und Füßen auf einer feuerfesten Matratze gefesselt, in Polizeigewahrsam verbrannt. Gerade ist herausgekommen, dass Anfang 2017 selbst der zuständige Staatsanwalt die lange widerlegte Selbstverbrennungsthese aufgegeben hatte, und von Mord ausging, auf Grund der Expertisen von acht Sachverständigen (u. a. Mediziner*innen, Toxikolog*innen und Brandexpert*innen) – woraufhin ihm der Fall entzogen wurde.

Freund*innen und Angehörige von Oury Jalloh kämpfen seit Jahren gegen die Vertuschung eines offensichtlichen Mordes, und organisierten am 7. Januar, seinem Todestag, wie in den vergangenen Jahren eine Gegendemonstration in Dessau. Über 4 000 Menschen kamen in die kleine Stadt, sowohl aus der Region als auch von weiter weg. Die Regionalbahn aus Berlin war so voll, dass die Türen kaum zu schließen waren. Die Stimmung war kämpferisch, viele hatten selbstgemachte Plakate und Banner gegen Rassismus mitgebracht.

Krieg gegen Geflüchtete

Wir wollen nicht nur Oury Jalloh in Erinnerung bewahren, und endlich die Wahrheit über seine Ermordung ans Licht bringen. In seinem Andenken wollen wir den Kampf fortsetzen – für die Rechte und das Leben der unzähligen anderen wie ihn. Oury Jalloh ist ein Opfer des einseitigen „Weltkriegs“ gegen Geflüchtete. Das einzige „Verbrechen“ der vielen Menschen, die nach Deutschland kommen, ist der Versuch, vor Verfolgung und Elend zu fliehen – vor Bedingungen verursacht von imperialistischen Mächten wie Deutschland.

Die Liste der Opfer ist lang. Laya-Alama Condé starb 2005 in Bremen nach zwangsweise verabreichtem Brechmittel durch die Polizei



wegen angeblichem Drogenhandel. Dominique Koumadio wurde 2006 in Dortmund auf mehrere Meter Entfernung in „Notwehr“ von einem Polizisten erschossen. 2014 misshandelten Privatbullen des Heimbetreibers European Homecare Flüchtlinge in NRW. Fünf Jahre lang belagerten und drangsalierten zeitweilig bis zu 1 000 Polizisten die Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg, die von Geflüchteten mangels Wohnraum besetzt wurde. Am vergangenen Donnerstag wurde sie nun endgültig geräumt – unter Anleitung der Bezirksregierung von Grünen, Linkspartei und SPD. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen: Denn es hat System – es ist das System!

Der weltweite Krieg gegen Geflüchtete eskaliert immer weiter – von der Grenze USA-Mexiko bis zum Mittelmeer. Der kurze „Willkommensommer“ für Geflüchtete in Deutschland ist längst vorbei. Rassistische Angriffe auf Geflüchtete und andere haben massiv zugenommen. Der bürgerliche Konsens besagt, dass die Rassist*innen die angebliche „Stimme des Volkes“ darstellen würden. Politiker*innen bis hin zur Linkspartei-Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht schließen sich der Hetze gegen Geflüchtete an, angeblich um der AfD das Wasser abzugraben. In Wahrheit ist es die rassistische Politik des bürgerlichen Mainstreams, die heute meist gegen Muslim*innen gerichtet ist, von der die faschistischen Kräfte immer weiter angespornt und ermutigt werden.

Klassenperspektive

Es muss klar sein: Ein Angriff auf einen, ist ein Angriff auf alle! Und Angriffe auf Geflüchtete sind immer die Speerspitze umfassender Angriffe auf die multiethnische Arbeiter*innenklasse in Deutschland und die demokratischen Rechte der ganzen Bevölkerung. So diente ein provisorisches Gefängnis für G20-Gegner kurz vor dem Gipfel noch als „Zentrale Erstaufnahme“ für Geflüchtete.

Einwanderer, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, müssen volle Staatsbürger*innenrechte bekommen, inklusive der gleichen Reisefreiheit in Europa. Wegen der Dublin-III-Verordnung können alle über andere EU-Länder eingereisten Asylbewerber ohne weiteres wieder in diese abgeschoben werden. Weg mit Dublin III und allen Abschiebebesetzen! Klassenbewusste Gewerkschafter*innen müssen ihre soziale Macht einsetzen, um Immigrant*innen gegen rassistische Angriffe zu verteidigen, und um Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktionen zu stoppen. Das ist möglich: 2017 wurden bis September 222 Abschiebungen durch die Weigerung von Pilot*innen verhindert, unfreiwillige Passagiere zu transportieren. Angesichts von 18 000 Abschiebungen im gleichen Zeitraum ist das wenig – aber es zeigt eine Perspektive auf. Die Transport-Gewerkschaften könnten die couragierten Aktionen Einzelner systematisieren und ihre Mitglieder gegen Repressalien verteidigen.

Die Bourgeoisie und ihr Staat benutzen Rassismus, um die arbeitende Klasse entlang ethnischer Linien zu spalten. Der Kampf für Immigrant*innenrechte ist also keine Frage von Wohltätigkeit, sondern eine notwendige Vorbedingung für einen effektiven, also vereinten Kampf gegen das ganze kapitalistische System, das notwendigerweise Übel wie Ausbeutung, Ungleichheit und Krieg immer wieder reproduziert – und so nicht zuletzt auch das Elend von Vertreibung und Flucht verursacht.

Streikkurier

Informationen zum TV-Stud 3 Streik

Dienstag, 16.01.18

Ein historischer Moment ist gekommen!

Seit 32 Jahren wird es zum ersten Mal wieder einen Streik der studentischen Beschäftigten Berlins geben! Der letzte derartige Streik war 1986. Der damalige Auslöser war die Infragestellung des Tarifvertrages und des Berliner Tutor*innenmodells durch den Senat und die Hochschulen. Unsere Lage heute ist zugleich ähnlich, aber dann doch wieder ganz anders.

Die Hochschulen und der Senat lassen keine Gelegenheit aus, Kompromissbereitschaft nach außen zu signalisieren, gleichzeitig haben sich die Hochschulvertreter*innen bei den Verhandlungen bisher nur minimal bewegt. Dabei sind wir den Hochschulen in den Verhandlungen schon sehr entgegen gekommen!

Daneben haben wir auch mit vielen kleinen Nadelstich-Aktionen bei öffentlichen Veranstaltungen sowie Kundgebungen und Demozügen versucht öffentlich Druck auf die Hochschulleitungen aufzubauen.

Leider hat dies alles nicht gefruchtet und so haben wir uns dazu entschlossen den **Tarifvertrag zu kündigen**, die Verhandlungen (vorerst) für **gescheitert** zu erklären und zu einem berlinweiten **Streik** der studentischen Beschäftigten aller Hochschulen aufzurufen.

Die Zeit für Gespräche ist erstmal vorbei, nun heißt es mit einem wuchtigen Streik Druck auszuüben!

Holen wir uns den neuen Tarifvertrag!

¹ siehe Chronik: tvstud.berlin/chronik



Wie es sich für einen guten Streik gehört, haben wir für euch auch eine Streikzeitung mit einem bunten Potpourri an Themen gestaltet:

- Die Unis haben Angst! Seite 2
- Aktionskarte Seite 3
- Drei studentische Beschäftigte der TU im Interview Seite 4
- Studentische Beschäftigung an den Fachhochschulen Seite 5
- Warum ich streike Seite 5
- Streikversammlung – was ist das? Seite 6
- Streiks haben eine lange Geschichte Seite 6
- Der Studierendenstreik von 86 Seite 7
- Oury Jalloh und der Kampf für Refugee-Rechte Seite 8

Mach den Streik erfolgreich!

Komm zu den **Streikversammlungen** und den **Streikgruppentreffen** an deiner Hochschule, um über die Probleme und die Zukunft des Streiks zu reden! Like uns auf **Facebook** oder folge uns auf **Twitter** und verbreite unsere Kampagne.

Das ist deine Zeitung!

Du hast eine Idee für einen interessanten Artikel oder willst ein Thema bewerben, das dir schon seit langem unter den Nägeln brennt?

Du hast beim Streik etwas witziges oder interessantes erlebt?

Dann **schreib uns!**

Texte, Bilder, Memes, Zeichnungen, witzige Sprüche und Comics sind immer willkommen!

Die Unis haben Angst!

HWR ordnet Nacharbeit an ...

... und versteht nicht, was „Streik“ bedeutet

VON DER TV-STUD INITIATIVE

Und schon wieder übertreffen sich die Hochschulen selbst mit ihren Reaktionen auf unseren Streik; diesmal die HWR. Eine Mail, in der das Nachholen der Arbeitszeit gefordert wird, ging dort an die studentischen Beschäftigten.

Ist schon etwas traurig, dass so was an der Hochschule für Wirtschaft und RECHT möglich ist, aber wir erteilen gerne Nachhilfe in Sachen Steikrecht:

- ☉ Streik bedeutet, nicht zur Arbeit zu gehen. **Der Arbeitsausfall ist der SINN des Streiks.**
- ☉ Holt man diese ausgefallene Arbeitszeit später nach, dann hat man nicht gestreikt, sondern seine Schicht umgeplant. Ist etwas anderes.
- ☉ **Daher ist es Arbeitgebern nicht erlaubt, streikende Beschäftigte zum Nacharbeiten aufzufordern.** Selbst wenn man sich dafür ganz tolle Einträge für den Zeiterfassungsbogen ausdenkt.
- ☉ **Wer streikt nimmt ein Grundrecht wahr.** Wer ein Grundrecht wahrnimmt, muss das keinesfalls dem/der „Fachleiter/in rechtzeitig anzeigen“. Denn (jetzt wird's kompliziert, liebe HWR) während des Streiks sind die Haupt- und Nebenpflichten aus dem Arbeitsverhältnis (für beide Seiten) suspendiert. Dazu gehört auch das Meldung machen. Nicht zur Arbeit zu kommen, muss euch als Hinweis für die Streikteilnahme leider reichen.
- ☉ Und nur deshalb, weil die Pflichten im Streik auch für euch Hochschulen nicht gelten, dürft ihr tatsächlich das Gehalt der Streikenden für diesen Zeitraum kürzen. Das zu zahlen ist nämlich eure Pflicht. **Das ist so ziemlich das einzig richtige in eurer Mail.**

Also in der Rechtsklausur hätte das ziemlich sicher nicht für den Schein gereicht. Arbeitet das doch bitte nochmal nach.

FU droht SHKs

Lasst euch nicht einschüchtern - ihr habt rechtlich nichts zu befürchten!

VON DER TV-STUD INITIATIVE

Die Hochschulen haben Angst vor dem Streik und genau deshalb werden sie versuchen, auch Euch Angst davor zu machen. An der FU kursieren schon Rundschreiben der Unileitung, in denen unser Streik als rechtswidrig bezeichnet wird und wolkeig mit möglichen arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht wird, wenn ihr daran teilnehmt. Dazu sagen wir ganz klar: Unser Streik ist rechtmäßig. Die Gewerkschaften ver.di und GEW haben den Tarifvertrag gekündigt und damit besteht keine Friedenspflicht mehr. Wenn die FU das anders sieht, dann muss sie gegen die Gewerkschaften vor Gericht ziehen. Wir sehen dem sehr gelassen entgegen.

Und selbst in dem Fall, dass das Gericht der FU zustimmen würde, steht eins eindeutig fest: Keinem/Keiner einzigen Streikenden kann daraus ein Strick gedreht werden. Ihr folgt einem gewerkschaftlichen Streikaufruf. Nach gefestigter Rechtsprechung könnt ihr Euer Grundrecht auf Streik auf jeden Fall wahrnehmen, wenn die Gewerkschaften dazu aufgerufen haben. Stellt sich das im Nachhinein als fehlerhaft heraus, dann ist das ein Problem der Gewerkschaften und nicht eures. Jede Maßnahme gegen Beschäftigte auf dieser Grundlage wäre ihrerseits rechtswidrig und wir würden mit allen Mitteln dagegen vorgehen. Lasst euch nicht Bange machen! Nehmt eure Rechte wahr! Kommt zum Streik!



Ein Blick in die Geschichte lohnt sich

Aus der Geschichte lernen, aktuell Konsequenzen ziehen!

VON ANNE WINTER (FU)

Im kalten Januar des Jahres 1986 fassten die studentischen Beschäftigten der Berliner Universitäten den Entschluss, ihre Errungenschaft – v.a. den Tarifvertrag – gegen die restriktive CDU-Regierung zu verteidigen. Dieser Arbeitskampf hatte eine bemerkenswerte Vitalität: 3700 studentische Beschäftigte und tausende Menschen, welche sich solidarisch erklärten, setzten sich zur Wehr.

Das Tutor*innenmodell ist eine Errungenschaft der studentischen Bewegung und damit Teil der Demokratiebewegung der 68er. Im Nachkriegsdeutschland waren es die Studierenden, die die Hierarchien der Ordinarienuniversität und die Altfaschisten aus den weit geöffneten Flügeltüren der Hochschulen hinaus jagten. Ein neuer Geist sollte einziehen, ein Geist des demokratischen und kritischen Bewusstseins. Die Menschen sollten aus den Fesseln der Unmündigkeit befreit werden und das selbständige, kritische Denken, das Hinterfragen des Muffs von 1000 Jahren sollte die Hoheit der Lehre und des Wissens aus den dunkelhaften Händen der Professor*innen entreißen. Diese Bildungsreform hatte einen hohen Stellenwert, allen Beteiligten ging es darum Verhältnisse zu schaffen, die eine Wiederholung von Diktatur und Krieg unmöglich machen. Gegen Hierarchien - für die Gleichheit.

Das Tutor*innenmodell als Prinzip des gemeinschaftlichen Lernens ist dafür ein Beispiel, was jener Zeit entsprungen ist. Ziel war es, ein aktives Lernen und die Beteiligung Aller am Lernprozess zu erreichen.

Den damaligen Akteur*innen ging es um die fachliche Unabhängigkeit der Tutorien von einzelnen Professor*innen. Gemeinsam forschend in Diskussion und Wendungen sich die Welt anzueignen und eigene Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, fernab des Alten-Traditionellen. Die Hochschule sollte ein Ort werden in dem jedes Mitglied sich kooperativ, kritisch, couragiert und solidarisch bilden kann.

Die damaligen fortschrittlichen Kräfte erstritten nicht nur das Tutor*innenmodell als Teil des Demokratieprozesses sondern etablierten eigene Personalräte welche dann 1974 im Berliner Personalgesetz verankert wurden – was für ein Durchbruch.

Aber auch da waren die Geier nicht weit entfernt um sich das Gute zu eigen zu machen.

Nach kurzer Zeit sollte dem Tutor*innenprogramm das emanzipatorische Anliegen streitig gemacht werden. Wenn es sich nicht verhindern lässt, dann soll es dem Senat nützlich sein. Statt die reguläre Lehre unter demokratischen Bedingungen auszubauen und somit dem Ansturm

auf die Hochschulen gerecht zu werden. Dies wäre auch ein Ausdruck der Befürwortung gewesen für den Hunger der neuen Generation nach Wissen und gesellschaftlichen (auch persönlichen) Fortschritten.

Also wurden die Tutor*innenprogramme zu Massenveranstaltungen umgewandelt. Schnell wurde erkannt, dass dieses Modell gut dafür zu nutzen ist, Aufgaben an schlechter Verdienende zu delegieren, meist Studierende aus höheren Semestern. Es sollte „billiger“ und „effektiver“ gearbeitet werden. Anstelle von Tutor*innen stießen dann die studentischen Hilfskräfte dazu, diese konnten noch günstiger verwendet (sic!) werden. Das Prinzip der schwäbischen Hausfrau (getarnt als Wissenschaftssenator) zog damit ein in den Wissenschaftsbetrieb. Das Ergebnis sollte sein, für gleiche Aufgaben unterschiedliche Löhne zu zahlen. Dies sollte für den Haushalt sparsam sein und ging auf Kosten der studentischen Beschäftigten.

Aber diese Rechnung hatten die Herren Wissenschaftssenatoren ohne die Studierenden gemacht. Schon vor 32 Jahren regten sich erste Proteste. Die Forderung nach einem Tarifvertrag bestand schon 1974 – damals unterstützt durch das Uni-Präsidium. Der vorgelegte Entwurf des damaligen Wissenschaftssenators enthielt Bedingungen, die für die studentischen Beschäftigten nicht tragbar erschienen. Unterstützt durch ÖTV regte sich massiver Widerstand, Protestaktionen, Demonstrationen und andere kreative Formen zwangen die Regierung dazu einen Tarifvertrag abzuschließen. Doch damit war die Geschichte der Kämpfe nicht beendet: immer wieder gab es Seitens der Regierungen Versuche, die Vorstöße, und Vereinbarungen und Tarifverhandlungen zu boykottieren und Verschlechterungen zu verankern. Doch der Widerstand war ungebrochen, die Aktiven haben sich über die Jahre hinweg nicht einschüchtern lassen.

Eine der bekanntesten Aussagen stammt vom Wissenschaftssenator, die er nach dem gescheiterten Versuch tätigte, den Tarifvertrag im Jahre 1986 aufzukündigen und den Lohn radikal zu kürzen:

„...daß wir einen Tarifvertrag haben. Es geht mir darum, von diesem Vertrag, von diesem Tarifvertragsdenken, von diesen Tarifpartnerdenken und dem der Arbeitnehmermentalität an den Hochschulen weg zukommen. Ich kann nur hoffen, dass an dieser Stelle die Kollegen in den Wissenschaftsministerien dem leuchtenden Beispiel Berlins nicht folgen werden.“

– Wilhelm A. Kewenig (CDU)

Der Tutor*innenstreik von 1986 unter dem Motto „Bis hierher und nicht weiter“ war der letzte, der in dieser Weise stattfand. Über Wochen wurde für einen besseren Tarifvertrag gestritten, gegen die Kürzungen und darüber hinaus gegen das restriktive Hochschulgesetz des damals CDU-geführten Senates. Dieser Streik war insofern erfolgreich, als der Status Quo erhalten blieb. Die Tutorien bilden seither ein zentrales Moment des Lehrbetriebes.

In der folgenden Streikzeitung machen wir den Sprung in die Gegenwart.



Streikversammlung - Was ist das?

VON YUNUS (STREIKGRUPPE FU)

Streiktage sind Tage, an denen wir unsere Arbeit niederlegen, um unsere Forderungen durchzusetzen. Aber wir bleiben natürlich nicht zu Hause, sondern machen Aktionen, nutzen den Streiktag als Mobilisierung für die nächsten Streiktage, erhöhen den Druck.

Diese Tage bieten die Möglichkeit, dass alle studentisch Beschäftigten zusammenkommen, sich kennenlernen und diskutieren. Im Rahmen der Streikversammlungen können wir den Streiktag auswerten, neue Ideen für die weiteren Aktionen einbringen, erfahren wie viele Kolleg*innen aus welchem Bereich dabei sind oder wo es noch Mobilisierung braucht.

Die Streikversammlungen können auch ein sehr gutes Mittel sein, um eine Brücke zwischen den Streikgruppen und den Streikenden zu bilden. Auch wenn hunderte von Kolleg*innen an den Streiks teilnehmen, wird der Streik von viel weniger Menschen organisiert. Für eine kräftige Mobilisierung und einen erfolgreichen Arbeitskampf brauchen wir neue Aktive Kolleg*innen, die sich in den Streikgruppen einbringen, Aufgaben übernehmen und an Diskussionen teilnehmen.

Wofür aber die Streikversammlungen auch sehr nützlich sind, ist dass sie uns erlauben über die wichtigen Fragen der Kampagne mit der höchsten Beteiligung der Kolleg*innen zu diskutieren. Bei solchen Diskussionen kann jede*r Beschäftigte*r, Fragen aufwerfen, ihre*seine Meinung äußern oder eigene Positionen einbringen.

Nicht nur werden die Entscheidungen bezüglich des Verlaufs der Kampagne durch breitere Beteiligung der Beschäftigten repräsentativer und demokratischer, sondern dadurch wird es auch ermöglicht, dass Kolleg*innen sich aktivieren und motivieren, da sie an dem Streiktag direkt Teil der entscheidenden Debatten werden und ihre Meinung persönlich einbringen können.

Am **16. Januar finden solche Streikversammlungen statt**. Um **10:30 Uhr treffen sich die Kolleg*innen an der FU** vor der Mensa II der Silberlaube und machen eine Streikversammlung. Nach der Kundgebung um 14:00 Uhr an der HU treffen sich **alle studentisch Beschäftigten um 17:30 Uhr auf der Mensawiese/Innenhof** des HU-Hauptgebäudes (Zugang Dorotheenstraße), um gemeinsam (& im Warmen) eine berlinweite Streikversammlung abzuhalten.

Streiks haben eine lange Geschichte

VON CHRISTOPHER HÖLZEL
(VORDERASIATISCHE ARCHÄOLOGIE / FU)

Gewöhnlicherweise werden die ersten Streiks mit der Industrialisierung und der beginnenden Gewerkschaftsbewegung in Verbindung gebracht. Spontane Arbeitsniederlegungen ziehen sich aber wie ein roter Faden durch die Geschichte. Das Problem: Niemand hat das aufgeschrieben. Die Ausnahme: Der Streik der Arbeiter*innen in Deir el-Medina in der Mitte des 12. Jh. v.u.Z.

Da die Pharaonen im Alten Ägypten ihre Ruhestätten mit sehr viel Aufwand zu errichten pflegten, war es nötig geworden, in der Nähe der Bestattungen eine Stadt für die Handwerker*innen zu bauen. So wurde im Tal der Könige die Stadt Deir el-Medina auf dem Reißbrett entworfen. Die Arbeiter*innen wohnten mit ihren Familien in der Stadt und waren mit der Renovierung bzw. der Errichtung neuer Totentempel beschäftigt. Aufgrund ihrer Tätigkeit genossen sie in der ägyptischen Gesellschaft ein gewisses Ansehen. Die Bezahlung war verhältnismäßig gut und erfolgte in Lebensmittelrationen, da Geld im heutigen Sinne unbekannt war. Als im 29. Regierungsjahr von Ramses III. die Entlohnung 18 Tage lang überfällig war, legten die Arbeiter*innen kollektiv die Arbeit nieder, wie ein Aufseher in einem Papyrus niederschrieb. Die Streikenden zogen in einem Protestmarsch durch das Tal der Könige und beset-



zen kurzerhand den Totentempel Ramses II. Die Aktionen zeigten Wirkung, hohe Beamte solidarisierten sich und schließlich wurden die Löhne ausbezahlt.

Dieses Beispiel ist historisch sehr interessant und eines der wenigen Nachweise von kollektivem Widerstand in der Antike. Diese Akte der Rebellion und des Aufbegehrens sind sehr selten überliefert. Auch die Texte über den Streik in Deir el-Medina sind nicht von den Streikenden selbst verfasst, bzw. sind diese nicht erhalten. Einblicke in ihre Beweggründe und Erfahrungen wären sehr interessant.

In der Geschichtsschreibung treten die Menschen, die die Paläste, Tempel und Festungen der Herrschenden gebaut haben, jedoch in den Hintergrund bzw. werden gar nicht erwähnt. Die Auftraggeber leben in der Erinnerung weiter, egal wie viel Leid die Errichtung solcher Monumente den Arbeiter*innen brachte. Daher ist die Geschichte von Streiks auch immer eine Geschichte der Unterdrückung.

Aktionskarte

Streik-Büro
(Anlaufpunkt, Infos, Leute treffen)
9.30 - 20.00 Uhr AStA TU Berlin

TU Berlin
„Reisegruppe nach Ost-Berlin“
13.00 Uhr Mensa-Kreuzung
Südcampus

„Reisegruppe Kundgebung“
13.00 Uhr vor der Mensa

Beuth Hochschule

Zentrale Streik-Kundgebung
14.00 Uhr Bebelplatz

HU Berlin

Zentrale Streikversammlung
17.30 Uhr Mensawiese /
Innenhof HU Dorotheenstraße
(wir gehen rein
ins warme @wetter)

„Spread the word“ - Bürorundgang
9.00 Uhr Mensa II Foyer

Streik-Couch-Café und Streikposten
ab 9.00 Uhr Mensa II Foyer

FU Berlin
FU-Streikversammlung
10.30 Uhr Mensa II Foyer

Campusrundgang und „Reisegruppe FU“
12.00 Uhr Mensa II Foyer

„Spread the word“ - Bürorundgang
10.30 Uhr AStA ASH Berlin

ASH Berlin
„Reisegruppe Bebelplatz“
12.45 Uhr ASH-Foyer

Stimmen ...

Wer sind denn diese studentischen Beschäftigten und warum wollen sie nicht arbeiten?? 😊

STUD.BESCH. AUS DER BIBLIOTHEK, DEN WERKSTOFFWISSENSCHAFTEN UND DER MATHEMATIK KOMMEN ZU WORT

Lisa: Hallo, wir sind ja eigentlich Kolleg*innen, aber normalerweise haben wir keinerlei Kontakt. Wo arbeitet ihr denn und was genau macht ihr dort?

Lara: Ich arbeite am Fachgebiet Werkstofftechnik und führe Laborpraktika durch. Zusammen mit 9 Tutorenkolleg*innen sowie 3 WiMis sind wir für annähernd 500 Studis zuständig.

Frankie Gutenberg*: Ich arbeite im Informationsbereich und im Magazin der Zentralbibliothek. Ich bin dort von 16-22 Uhr für alle Serviceleistungen zuständig: Rechercheanfragen, Scannerbedienung, Bücher heraus-suchen und vieles mehr.

Willie Leibniz*: Ich bin Tutor am Institut für Mathematik. Ich halte drei Tutorien die Woche, beantworte die Fragen der Studierenden und kontrolliere ihre Hausaufgaben.

Lisa: Und was habt ihr gemacht als ihr vom Streik erfahren habt?

Frankie: Wir haben erstmal gegoogelt was man im Streik so alles macht außer Warnwesten und Trillerpfeifen tragen. Dann haben wir uns organisiert, haben eigene Info-Flyer erstellt und versucht die Zweigbibliotheken und die UdK-Bibliothek mit ins Boot zu holen.

Willie: Ich bin zur Personalversammlung und einem Treffen der Streikgruppe gegangen und habe mit meinen Kolleg*innen gesprochen. Alle halten den Streik für sinnvoll und wollen sich beteiligen und auch die WiMis unterstützen uns.

Lisa: Warum streikt ihr überhaupt? Die TU bezahlt doch jetzt 12,50€.

Willie: Die 12,50€ sind nicht vertraglich festgelegt, darum kann die TU die Lohnerhöhung theoretisch jederzeit wieder zurückziehen. Außerdem gleichen die 1,52€ nicht den Lohnverfall der letzten 17 Jahre aus

und, da nach wie vor keine Ankopplung an den TV-L vorgesehen ist, würden wir in ein paar Jahren wieder vor demselben Problem stehen.

Lara: Die Forderung nach mehr Lohn ist letztendlich auch nicht die einzige. Es gibt weitere zentrale Fragen wie die Anpassung des Urlaubsanspruchs an den der anderen Beschäftigtengruppen der Hochschulen. Daher dürfen wir uns nicht mit solchen Krümeln zufriedengeben und streiken!

Lisa: Was sind eure Erfahrungen zum Thema „Wie sag ich's meinen Studis“?

Lara: Meinen Studis habe ich schon im Dezember erzählt, dass mein Laborpraktikum ausfallen könnte, wenn es auf den Warnstreiktag fällt. Ich habe sehr viel Zuspruch erhalten. Dass SHKs, die unter guten Bedingungen arbeiten, ausschlaggebend für gute Lehre sind, betrifft sie ja direkt. Sie konnten zudem mit SHKs mitfühlen, die zum nicht seltenen Teil zur kompletten Finanzierung ihres Lebensunterhaltes durch das SHK-Gehalt auf den Erfolg der Aktion angewiesen sind.

Frankie: Ich habe ja eigentlich keinen direkten Kontakt mit den Studis. Es ist gerade umgekehrt, dass ich durch die Aktion ein Gesicht bekomme und die Studis erstmals mich und meine Arbeit bewusst wahrnehmen.

Lisa: Super, vielen Dank schon mal! Letzte Frage: Wie sieht euer Plan für den ersten Streiktag aus?

Willie: Demonstrieren und möglichst viel Aufmerksamkeit für unser Anliegen generieren.

Lara: Meine Arbeit niederlegen, d.h. Aufgaben, die ich heute erledigen wollte, werden nicht erledigt. Stattdessen aber nicht im Bett bleiben, sondern ab 9.30 ins ASTA-Streikbüro gehen und bei Aktionen auf dem TU-Campus mitmachen.

Frankie: Wir wollen zusammen an der zentralen Kundgebung teilnehmen und dann gemeinsam unsere Kolleg*innen, die an dem Tag Dienst haben, bei ihrer Arbeitsniederlegung unterstützen. Mal schauen, der Bibliotheksbetrieb könnte ab 18 Uhr ganz schön lahmgelegt sein...

INTERVIEW WURDE DURCHFÜHRT VON LISA (TU-STREIKGRUPPE)

*Namen geändert

... aus dem Streik 🗣️

Warum ich streike

VON KATHARINA (HU / GRIMMZENTRUM)

Ein Buch wird zurückgegeben, nach Stockwerk sortiert, in eine Kiste gepackt, ins betreffende Stockwerk geschickt. Die Kiste wird vom Band genommen, das Buch aus der Kiste, vorsortiert, auf einen Wagen gestapelt, die Gänge entlang geschoben. So gelangt es wieder an seinen Platz im Regal, bis zur nächsten Ausleihe – Und von vorne. Sempel - oder?

Zwischen Prüfungsstress und kurzer Recherche, versunken in die Arbeit, ist leicht vergessen dass Menschen notwendig sind, sodass (oder damit) das kurz aufgehobene Buch vom Rückgabewagen auch irgendwie zurück in das Regal gelangt.

Dies ist nur eine Stelle von tausenden, in einem Bereich einer Universität in Berlin.

Dafür 10,98€ die Stunde ist doch ganz angemessen – oder? Immerhin weit über dem Mindestlohn. Doch angesichts von Inflation und steigenden Wohnkosten weit entfernt von finanzieller Sicherheit.

Seit siebzehn (17) Jahren bleibt der Stundenlohn unverändert; seit 2001 ein Lohnverfall von 30%. Und das, obwohl jährlich Geld in die Hochschulen fließt, um genau dieses Defizit auszugleichen.

Die studentischen Beschäftigten der Berliner Hochschulen – es gibt sie in Massen, und doch bleibt unsichtbar, wie viel Arbeit sie genau leisten. Ohne sie kann der Universitätsalltag nicht normal ablaufen. Die Hochschulen scheinen dies nicht zu erkennen. Also müssen wir alle streiken, zeigen dass ohne uns nichts geht. Für mehr Gerechtigkeit!

Besonders prekär: Studentische Beschäftigung an den Fachhochschulen

CHRISTIAN KEIL (ASH / VER.DI / GEW)

Gesetze sind da, um gebrochen zu werden - das denken scheinbar viele Personalstellen an den Fachhochschulen. Das Berliner Hochschulgesetz schreibt fest, dass studentische Beschäftigte in der Regel für 24 Monate befristet werden sollen. An vielen Fachhochschulen ist die Regel eher der 6-Monats-Vertrag. Das liegt daran, dass niemand den Fachhochschulen gründlich auf die Finger schaut und etwas dagegen tut. Genau dafür sind studentische Personalräte zuständig. Doch leider ist die Alice-Salomon-Hochschule die einzige der kleinen Hochschulen, die eine Interessenvertretung aufweisen kann. Das liegt auch an den kurzen Vertragslaufzeiten. Allein die Durchführung der Wahlen dauert ca. 2 Monate.

Studentische Hilfskräfte organisieren sich

Dennoch kommt langsam Bewegung in die Sache. An der Beuth Hochschule haben einige studentische

Beschäftigte mit Unterstützung von ver.di, der GEW, dem ASTA & dem Personalrat der Festangestellten eine Personalversammlung zur Einleitung von Personalratswahlen beantragt. An der Hochschule für Wirtschaft und Recht gibt es eine ähnliche Initiative von studentischen Beschäftigten mit Unterstützung der DGB-Hochschulgruppe. Sowohl das Präsidium der Beuth als auch das der HWR haben signalisiert, dass sie die Personalversammlungen einberufen werden. Sobald es soweit ist, liegt es in den Händen der studentischen Beschäftigten sich eine Personalvertretung zu wählen. Schon jetzt ist es sinnvoll, über eine mögliche Kandidatur nachzudenken und sich bei den Gewerkschaften oder der TVStud-Kampagne zu melden.

Die Landesregierung hat ein Auge darauf

Aber auch auf politischer Ebene kommt Bewegung in die Sache. Die R2G-Landesregierung hat das Problem scheinbar mittlerweile erkannt und die 24 Monate Regelbefristung mit in die Hochschulverträge für die Fachhochschulen aufgenommen. Die Tatsache, dass die Fachhochschulen einen weiteren Vertrag brauchen, um sich an Gesetze zu halten, ist skandalös. Es zeigt die mangelnde Wertschätzung gegenüber ihren studentischen Beschäftigten.